

BNN, 2. 7. 1971

Vor den Baggern gerettet:

Insel und Schilf am Rande der Stadt bleiben erhalten

Einigung über den Knielinger See erzielt
Nächste Frage: Bade- oder Naturparadies?

Von unserem Redaktionsmitglied G. Waldecker

Nach etwa einem Jahrzehnt ist es der Stadt gelungen, mit dem Kieswerk Maxau einen Kompromiß auszuhandeln, durch den 100 000 qm unberührter Landschaft am Knielinger See erhalten bleiben. Der Stadtrat stimmte diesem Ergebnis zu. Die Inselgebiete Entenfang und der größere Teil des Katersgrundes, sowie die Altwasserzone nordwestlich davon, — etwa 3800 Meter Uferlänge — werden als biologisches Refugium und als natürliche Kläranlage für den See fungieren.

Der Preis für diesen Schutz der Umwelt ist hoch: 1. Es darf im Südosten des Sees weiter und tiefer gebaggert werden, 2. die Stadt schafft für 350 000 DM Abraum weg, 3. sie erhält eine einmalige Abfindung von 150 000 DM, mit der alle Ansprüche für die Federbachverlegung abgegolten sind.

Dieser sieht folgendermaßen aus:

● Der massenmäßige Ausgleich für den Verzicht auf die Ausbeute im nordwestlichen Teil wird dadurch erzielt, daß die Bagger jetzt vier Meter tiefer stoßen dürfen. Im Augenblick hat der Knielinger See eine Tiefe von acht bis zehn Metern. (Titisee 40 Meter, Mummelsee 18 Meter.)

● Weil das Tieferschürfen teurer ist, kommt ein wirtschaftlicher Ausgleich hinzu, dadurch, daß die Stadt sich verpflichtet hat, das über dem Kies liegende Erdreich, den Abraum, auf der Erweiterungsfläche im Südosten abzufahren. Der Boden wird für die Mülldeponie verwendet.

● Wasserbauliche Maßnahmen — Verlegung des Federbachs und ein Überfallbauwerk —, die durch das Baggern notwendig werden, führt die Stadt durch. Dafür zahlt das Kieswerk eine einmalige Abfindung von 150 000 DM. Stadtrat Figlestahler meinte, die Vereinbarung sei ein Musterbeispiel dafür, daß man sich einigen könne, selbst wenn Interessen hart aufeinander prallen.

Obwohl der ursprünglich so greifbar nahe Plan, aus dem Kiessee ein Erholungsgebiet zu machen, nun in frühestens sechs bis sieben Jahren wieder aufgegriffen werden kann, — solange dauert die Ausbeute noch — sollte man jetzt schon Überlegungen zur künftigen Gestalt anstellen. Das Nebeneinander von Naturschutzgebiet und Erholungsbetrieb könnte dann von langer Hand geordnet werden. Beispiele einer solchen „Symbiose“, einer Lebensgemeinschaft, soll es am Bredeney-See in Essen und auf der Insel Sylt geben.

Schilf sowohl — als auch Insel

Die Zustimmung zu diesem Kompromiß wurde durch einen „Lokaltermin“ vorbereitet: am 2. Juni fuhr, wie wir berichteten, der Stadtrat an den Knielinger See, um die jetzt genehmigte „Variante 3“, den jüngsten Vorschlag zur Einigung, zu besprechen. Er wurde ausgearbeitet, nachdem zwischen Gartenbauamt und Naturschutz ein gewisser Interessenkonflikt entstanden war: jenes wollte eher das Insel-Hochland erhalten wissen, diesem ging es vor allem um die Schilfzone. Jetzt werden beide schützenswerten Gebiete fortbestehen.

Dennoch kündigte sich auch in der Stadtratsdiskussion die künftige Problematik an: Wird am Knielinger See Bade- und Sportbetrieb oder das Tier- und Pflanzenparadies mehr Gewicht haben? Beides zu vereinen ist nicht möglich, es ist also die Aufgabe, die Gebiete abzugrenzen.

Stadtrat Mainhardt meinte, mancher würde sich vielleicht fragen: sollen Tiere und Pflanzen Vorrang vor den Menschen haben? Aber es gehe darum, Tier und Pflanze zur Freude des Menschen zu erhalten. Daher müßten Auwald und Schilfzone im Nordwestbereich des Knielinger Sees unbegehrbar für Badende gemacht werden. Auch Stadtrat Schwarz, der daran erinnerte, daß 1957 nicht der Naturschutz, sondern das künftige Erholungsgebiet am Knielinger See Grundlage des „Kies-Vertrags“ war, sieht in einer echten Begrenzung von Erholung und Naturschutz das Ziel künftiger See-Gestaltung. Mehr als durch Naturschutzparks fürchtet Stadtrat Dr. Schubart den Badebetrieb durch die nahegelegenen Müllgebirge in der Burgau gestört. Schließlich glaubt Stadtrat Volm überhaupt nicht an ein friedliches Nebeneinander von Naturreservat und Erholung: „Dort, wo heute der homo sapiens, oder vielmehr technicus hinkommt, dort ist Ölwechsel, Wagenwäsche und anderes...“

Teure Gutachten gingen voraus

Bevor dieser vorläufige Schlußpunkt unter einen jahrelangen Kampf mit teuren Gutachten gesetzt wurde, schilderte Stadtsyndikus Kuno Schmitt noch einmal die verschiedenen Entwicklungsstufen bis zum jetzt gefundenen Kompromiß.